



**Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen**

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-211
E-Mail: info@kommunen.nrw
pers. E-Mail: Christiane Bongartz@kommunen.nrw
Internet: www.kommunen.nrw.

Hebammensituation insb. im ländlichen Raum

Aktenzeichen: G 7.2.-008/002
Ansprechpartner/in:
Beigeordneter Andreas Wohland
Referentin Christiane Bongartz

Durchwahl 0211 • 4587-223/226

Hintergrundinformation:

Die Hebammensituation wird seit Jahren immer angespannter und prekärer, insbesondere im ländlichen Raum.

Viele Krankenhäuser schließen ihre Geburtsstationen, da die Geburtshilfe nicht ausreichend genutzt wird, um wirtschaftlich für ein Krankenhaus zu sein.

Die Arbeitsbedingungen der Beleghebammen in Krankenhäusern sind zudem teilweise erschreckend. Wenige Hebammen müssen eine Vielzahl von Frauen während der Geburt begleiten und die verschiedenen Patientinnen koordinieren. Ferner werden Beleghebammen in Krankenhäusern oftmals sehr schlecht bezahlt und müssen stets rufbereit sein. Da bietet die Arbeit als Hebamme in der Vor- und Nachsorge sowohl in zeitlicher und planbarer Hinsicht wie auch in finanzieller Hinsicht einen Mehrwert.

Bei diesen Arbeitsbedingungen ist die Nachwuchsgewinnung sehr schwierig, sodass viele einzelne Maßnahmen notwendig sind.

Lösungsansätze:

Die Einführung einer Verbundausbildung zwischen kleineren Krankenhäusern bzw. Geburtsstationen ist hilfreich, um die ländlichen Regionen nicht zu „vergessen“ und dort von Beginn an potenzielle Arbeitnehmer zu gewinnen.

Zudem ist auch bei einer ggf. zu erwartenden Akademisierung der Hebammenausbildung die Kreissaalerfahrung unabdingbar. Diese sollte ein nicht zu vernachlässigender Faktor für eine Niederlassung darstellen.

Die Geburtshilfe muss als Grundversorgung in allen Krankenhäusern anerkannt und als solche behandelt werden. So sind insbesondere kleinere ländlichere Krankenhäuser vor einer Schließung der Stationen aus wirtschaftlichen Gründen besser gewahrt.

Eine Verbesserung des Images des Hebammenberufs muss erreicht werden. Hierfür ist ein Zusammenspiel zwischen der Politik, den Einrichtungen und der Bevölkerung notwendig.

Die Bereitschaftszeiten müssen angemessener vergütet und es sollten die gesamten Versicherungskosten unabhängig von der Anzahl der Geburten pro Quartal übernommen werden.